



Wege in den Arbeitsmarkt für Jugendliche mit schlechteren Startchancen

**FRIEDRICH
EBERT**
STIFTUNG

Forum Politik
und Gesellschaft

DGB
Jugend





Impressum
ISBN 978-3-86872-187-4

Herausgeberin:
 Friedrich-Ebert-Stiftung
 Forum Politik und Gesellschaft
 Hiroshimastraße 17
 10785 Berlin

Redaktion:
 Anja Wehler-Schöck, Friedrich-Ebert-Stiftung

Redaktionelle Betreuung:
 Inge Voß, Friedrich-Ebert-Stiftung

Fotos:
 Titel: Ursula Kelm; istockphoto.com: Maria Bobrova, Tammy Bryngelson, Dennis Guyitt, Ronald Hudson, johnnyscriv, khorzhevska, nsj-images, Josef Philipp, Lukas Pobuda, Chris Schmidt, zoran simin, Aleksandra Vadinska
 Innen: Ursula Kelm

Gestaltung:
 Meintrup, Grafik Design

Druck:
 Druckerei J. Humburg GmbH Berlin

Copyright 2009 by Friedrich-Ebert-Stiftung,
 Forum Politik und Gesellschaft



3

Vorwort

Anja Wehler-Schöck,
Friedrich-Ebert-Stiftung

René Rudolf,
Deutscher Gewerkschaftsbund

4

Die Methode der Zukunftswerkstatt. Eine kurze Einführung

Bettina Pauli,
Universität Kassel

7

Der Übergang von der Schule in den Beruf – eine (zu) hohe Hürde?

Dr. Birgit Reißig,
Deutsches Jugendinstitut

BERICHTE AUS DEN ARBEITSGRUPPEN

12

Gute Schule, schlechte Schule? Benachteiligung und Selektion in der Schulbildung

Angela Meier

16

Chancen für Jugendliche mit niedrigen Bildungsabschlüssen

Mareike Korte

19

Studium nur für wenige? Soziale Selektion beim Zugang zu akademischer Bildung

Oliver Bey

22

Im Abseits? Geografische Herkunft als Ausgrenzungsfaktor

Stefanie Puschmann

26

Von Maßnahme zu Maßnahme? Teufelskreis Jugendarbeitslosigkeit

Magdalena Zynda

29

Die Forderungen und Vorschläge der Zukunftswerkstatt in der Diskussion mit Vertreter/innen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite

Anja Wehler-Schöck

32

Zum Weiterlesen



Vorwort



Ist unsere Gesellschaft sozial durchlässig? Haben alle die gleichen Chancen, Bildung und Wohlstand zu erlangen? Es gibt viele Hinweise darauf, dass in Deutschland noch ein weiter Weg zurückgelegt werden muss, bis dieser Zustand erreicht ist. Die Zahlen sind erschreckend: Knapp 400.000 Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren sind in Deutschland arbeitslos. Das macht in dieser Altersgruppe gut 10 % aus. Die rückläufige Tendenz der letzten beiden Jahre gibt bedauerlicherweise keinen Anlass zur Freude, sondern ist durch den Rückgang der Zahl der Schulabgänger/innen begründet. Immer noch stehen zu wenige Ausbildungsplätze zur Verfügung: Gegenwärtig kommen auf je 100 Bewerber/innen lediglich 84 Ausbildungsplätze. Das bedeutet nicht nur, dass zahlreiche Jugendliche leer ausgehen, sondern auch, dass nur mit viel Glück ein Ausbildungsplatz zu ergattern ist, der den eigenen Fähigkeiten und Präferenzen entspricht.

Gut 1,2 Millionen Jugendliche sind auf finanzielle Unterstützung vom Staat angewiesen, weil sie oder ihre Eltern zu wenig verdienen: fast eine Million Jugendliche beziehen Hartz IV; knapp 300.000 erhalten Arbeitslosengeld I oder machen bei Förderkursen mit. Viele dieser Jugendlichen werden sich für den Rest ihres Lebens nicht aus dieser Armutsfalle befreien können. Diejenigen, die aus sogenannten bildungsfernen oder sozial schwachen Familien kommen, haben aufgrund ihrer schlechteren Startchancen deutlich geringere Perspektiven auf eine weiterführende Bildung, eine Ausbildung oder einen Arbeitsplatz.

Ausgrenzung und Benachteiligung stellen sich auf unterschiedlichen Ebenen dar: Selektion beginnt oft bereits in der Schule. Die Qualität der Schulen und die ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen variieren nach geografischer Lage und Zusammensetzung der Schülerschaft. Migrationshintergrund, Geschlecht und Herkunft können ausschlaggebend dafür sein, welche Türen einem jungen Menschen offen stehen.

Finanzielle Hürden wie Studiengebühren oder die hohen Kosten einer Meisterausbildung hindern Jugendliche, die nicht über die notwendigen Ressourcen verfügen, ihre berufliche Weiterentwicklung wunschgemäß voranzutreiben.

Insbesondere für Jugendliche mit niedrigeren Bildungsabschlüssen zeigen sich auf dem Arbeitsmarkt geringe Perspektiven – ihr Weg in die Arbeitslosigkeit ist oftmals schon früh vorgezeichnet.

Die Debatte über die Ursachen von Jugendarbeitslosigkeit und Diskriminierung sowie über mögliche Lösungswege wird oft über die Köpfe derjenigen hinweg geführt, die es eigentlich betrifft: die Jugendlichen selbst sowie die Personen, die ihnen Unterstützung anbieten (wollen) – Eltern, Lehrer/innen, Sozialpädagogen/innen, Berufsberater/innen etc. Der Friedrich-Ebert-Stiftung und der DGB-Jugend war es daher ein besonderes Anliegen, diesen Menschen die Möglichkeit zu bieten, sich über ihre Erfahrungen auszutauschen, Projekte zu vernetzen und neue Ideen zu entwickeln. Hierfür erwies sich das Format der Zukunftswerkstatt als ideal, da die Beteiligung und die Inputs aller Interessierten im Mittelpunkt stehen und gleichberechtigt eingebracht werden können.

Wir freuen uns über die große Resonanz, die die Veranstaltung erfahren hat. Ganz besonders herzlich bedanken wir uns bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die den Tag über engagiert gearbeitet und lebhaft diskutiert haben. Mit dieser Publikation möchten wir die Forderungen, Vorschläge und Ideen, die im Rahmen der Zukunftswerkstatt erarbeitet wurden, dokumentieren und einer breiteren Öffentlichkeit sowie den Entscheidungsträgern zugänglich machen. Mit Sicherheit werden etliche der im Folgenden festgehaltenen Gedanken an unterschiedlichen Stellen wieder aufgegriffen werden. Das Thema wird in den kommenden Jahren an Aktualität und Brisanz gewinnen. Wir befinden uns somit erst am Anfang einer wichtigen Debatte.

Anja Wehler-Schöck,
Friedrich-Ebert-Stiftung

René Rudolf,
DGB, Bundesjugendsekretär



Die Methode der Zukunftswerkstatt. Eine kurze Einführung

Bettina Pauli,
Universität Kassel

Mittels der Methode „Zukunftswerkstatt“ können vielfältige Themen- und Problemfelder von einer Gruppe konstruktiv bearbeitet werden. Die Charakteristiken des bereits in den 1960er Jahren entwickelten Verfahrens sind heute so aktuell wie damals: Demokratisch und partizipativ werden durch die Teilnehmer/innen Ideen und Problemlösungen generiert. Diese werden in einem kreativen ganzheitlichen Prozess in einer Gruppe kommunikativ ausgehandelt. Dabei gilt im Sinne ihres Erfinders Robert Jungk die grundlegende Annahme, dass alle Beteiligten gleichberechtigte Expert/innen zur Lösung eines Problems oder zur Entwicklung neuer Ideen sind. Je mehr Perspektiven in den Prozess einfließen, desto größer ist die Chance auf verlässliche Lösungsvorschläge. Die Zukunftswerkstatt hat, wie auch andere Verfahren der prozessorientierten Zukunftsmoderation, ein breites Einsatzspektrum: von der Konzeptentwicklung über klassische Bürger/innenbeteiligung, in der Organisationsentwicklung, in der schulischen Bildung wie auch in der Erwachsenenbildung.

Vorgehen

Die klassische Arbeitsweise in einer Zukunftswerkstatt vollzieht sich in **drei Hauptphasen**, die in der Regel zwischen einem und drei Tagen dauern. In der ersten Phase, der **Beschwerde- und Kritikphase**, geht es darum, das vorge-

Einführung



gebene Thema oder Problemfeld möglichst umfassend zu kritisieren und dabei zu dokumentieren, was an der gegenwärtigen Situation als störend, belastend und verbesserungsfähig empfunden wird. Die Kritikpunkte werden zusammengetragen. So entsteht Transparenz über die aktuelle Einschätzung der Situation durch die Teilnehmenden. Diese erste Phase ist eng mit der Realität verknüpft.

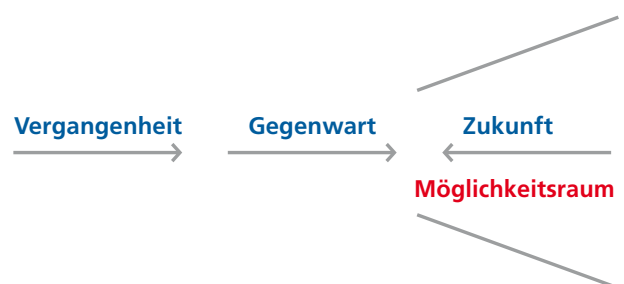
Dies steht der zweiten Phase, der **Phantasie- und Utopiephase**, in starkem Kontrast gegenüber. Hier spielen reale Fakten keine Rolle mehr. Es geht allein um den perfekten Zustand, wie ihn die Teilnehmenden sich vorstellen, ihre Wünsche, Ideale und Utopien – bezogen auf das jeweilige Thema der Werkstatt. Dabei gibt es keinerlei Grenzen oder Einschränkungen. Alle Teilnehmenden werden aufgefordert, Unmögliches zu denken und zu artikulieren – was in Konferenzen üblichen Zuschnitts geradezu verpönt ist. „Alles ist möglich“ lautet die Aufforderung für diese Arbeitsphase, die mittels kreativer Methoden, bildhafter Darstellungen und der Betonung affektiv-emotionaler Aspekte eine besondere Qualität sozialer Gruppenarbeit ermöglicht.

Dieser Perspektivenwechsel ist einer der wichtigsten Momente in einer Zukunftswerkstatt. Er ermöglicht den Teilnehmer/innen, aus ihrer durch Sachzwänge eingeschränkten Normalperspektive auszubrechen und in einem neuen „Möglichkeitsraum“ völlig frei zu visionieren.

Die Grafik verdeutlicht zunächst das gängige Denkmodell: Die zukünftigen Entwicklungen und Perspektiven werden aus der Vergangenheit heraus betrachtet, es wird implizit angenommen, dass sich die Entwicklung genau so in der Gegenwart fortsetzt und sich die gewonnenen Einsichten in die Zukunft verlängern.

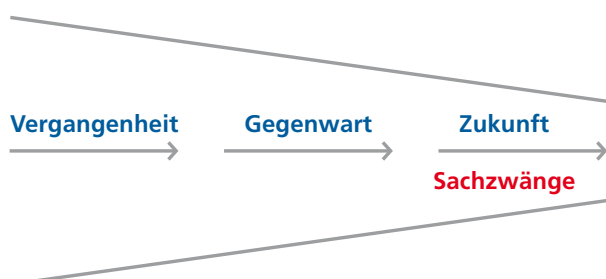
Aus einem solchen linearen Denken entsteht das Sachzwangdenken. Die Zukunft ist in diesem Fall durch die Festlegungen von Vergangenheit und Gegenwart bestimmt. Der eigene Handlungsspielraum verengt sich, grundlegende Innovationen erscheinen unmöglich. Eine bekannte Äußerung dieses Sachzwangdenkens ist z. B. „Das haben wir noch nie so gemacht.“ Der eigene Handlungsspielraum wirkt damit stark eingengt und es werden ausschließlich Lösungen nach dem „Mehr-desselben-Prinzip“ hervorgebracht.

Perspektivenwechsel nach Jungk



vgl. Burow, O.-A.: Ich bin gut - wir sind besser. Stuttgart, 2000

Traditionelles lineares Denken



Die zweite Phase der Zukunftswerkstatt soll eben diesem Sachzwangdenken entgegenwirken: In der Phantasie- und Utopiephase wird vorübergehend die Realität als Aktionsraum verlassen. Für viele Teilnehmer/innen ist dieser Schritt zunächst ungewohnt und schwierig. Allerdings setzt sich in der Regel eine Gestaltungsfreude durch; viele Menschen entdecken, dass sie in der synergetischen Zusammenarbeit, in der Co-Kreativität der Gruppe neue und ungewohnte Ideen entwickeln können.



Diese Ideen werden in der dritten Phase, der **Umsetzungs- oder Verwirklichungsphase**, konkretisiert und die Umsetzung geplant. Diese dritte Phase profitiert vom Perspektivenwechsel der zweiten Phase, da aus dieser Zukunftsperspektive viele Dinge nun machbar erscheinen, die vorher undenkbar gewesen wären. Hier werden Projekte und Ideen geplant, die im Anschluss an die Zukunftswerkstatt umgesetzt werden können. Dazu werden die Ideen aus der zweiten Phase in kleine Arbeitsschritte umformuliert, Anknüpfungspunkte identifiziert und Verantwortlichkeiten zugeteilt. Ziel ist die Fortführung und Realisierung dieser Ideen nach Beendigung der Werkstatt und die Überführung in eine permanente Werkstatt. Dort werden Projekte in kleinen Gruppen weiter bearbeitet. In regelmäßigen Abständen wird der Fortschritt an die gesamte Gruppe rückgekoppelt. Jede Zukunftswerkstatt wird dokumentiert, so dass nach Abschluss einzelner Projekte auf den Ideenfundus der Zukunftswerkstatt zurückgegriffen werden kann.

Zukunftswerkstätten sind ein vielseitiges Instrument, um interessierte Personen mit unterschiedlichen Hintergründen in Entscheidungsfindungs- und Problemlösungsprozesse mit einzubeziehen. Auf diese Weise können sie diese Prozesse aktiv mitgestalten, die sonst Politiker/innen, Expert/innen und Planer/innen vorbehalten sind.

**Die Zukunft, die wir wollen, muss erfunden werden.
Sonst bekommen wir eine, die wir nicht wollen.**

Joseph Beuys

Literatur

-  Burow, Olaf-Axel et al.: Großgruppenveranstaltungen in der politischen Bildung. Bonn, 2006.
-  Burow, Olaf-Axel: Ich bin gut – wir sind besser. Erfolgsmodelle kreativer Gruppen. Stuttgart, 2000.
-  Jungk, Robert/ Norbert R. Müllert: Zukunftswerkstätten. Mit Phantasie gegen Routine und Resignation. München, 1989.
-  Kuhnt, Beate/ Norbert R. Müllert: Moderationsfibel Zukunftswerkstätten: Verstehen, Anleiten, Einsetzen. Münster, 1996.
-  Stange, Waldemar: Planen mit Phantasie. Zukunftswerkstatt und Planungszirkel für Kinder und Jugendliche. Berlin, 1996.
-  www.uni-kassel.de/fb1/burow



Der Übergang von der Schule in den Beruf – eine (zu) hohe Hürde?

Dr. Birgit Reißig,
Deutsches Jugendinstitut

Mit welchen Hoffnungen, mit welchen Wünschen und auf welchen Wegen gehen benachteiligte Jugendliche von der Schule in das Arbeitsleben? In unseren Untersuchungen am Deutschen Jugendinstitut können wir feststellen, dass die Absolventen mit Hauptschulbildung in den letzten Jahren und Jahrzehnten in zunehmendem Maße schwierige Startchancen beim Übergang von der Schule in den Beruf hatten. Die nationalen Bildungsberichte der Jahre 2006 und 2008 zeigen das auch sehr deutlich. Diese Jugendlichen machen im Alter von 15 bzw. 16 Jahren ihren Schulabschluss oder verlassen die Schule – zum Teil auch ohne Schulabschluss. Das Durchschnittsalter beim Eintritt in Ausbildung liegt allerdings bei 19 Jahren. Die Frage ist: **Was passiert eigentlich in diesen Jahren, in denen Jugendliche es nicht schaffen, direkt in Ausbildung zu kommen?**

In den meisten Fällen ist es so, dass Jugendliche Zwischenschritte einlegen müssen. Das kann für eine Gruppe von Jugendlichen durchaus eine Chance bedeuten. Sie können sich ausprobieren, sie können Freiwilligenjahre machen, sie können ins Ausland gehen. Für die Gruppe, die uns interessiert, läuft es oft nicht so positiv. Sie gelangen in das sogenannte Übergangssystem. Der Begriff „**Übergangssystem**“ scheint jedoch nicht in jedem Fall angemessen, da es sich nicht wirklich um ein abgestimmtes System handelt: Die Schritte sind sehr häufig von Zufällen bestimmt, es fehlt ihnen an Passgenauigkeit und sie können für einen Teil der Jugendlichen durchaus ins Abseits führen, indem sie sie im-



mer weiter vom Ausbildungs- und letztendlich vom Arbeitsmarkt entfernen und damit auch eine subjektive Schwelle aufbauen, dorthin wieder zurückzugelangen.

Des Weiteren zeigt sich, dass die Arbeitsmarktchancen für Ungelernte in den letzten Jahrzehnten immer schlechter geworden sind. Wenn Jugendliche ohne Berufsausbildung versuchen, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, ist es überwiegend so, dass sie dort in **prekäre Beschäftigungsverhältnisse** gelangen. Das bedeutet, dass sie auch sehr viel schneller aus diesen Arbeitsverhältnissen wieder herausfallen. Für einen stabilen Erwerbsverlauf sind das sehr ungünstige Startbedingungen.

Bei den Untersuchungen im Rahmen des Übergangspanels des Deutschen Jugendinstituts (DJI) haben wir uns die Frage gestellt: Welche Wege nehmen Jugendliche vor diesem Hintergrund? Wie fühlen sie sich vorbereitet? Welche Pläne haben sie eingeunden dieser objektiven Tatsachen, auf die sie treffen? Das **DJI-Übergangspanel** hat einen quantitativen Längsschnitt vorgenommen. Seit 2004 befragen wir Jugendliche in Hauptschulen und den Hauptschulzügen an Gesamtschulen. Wir haben ihre Wege zunächst immer halbjährlich verfolgt und ab 2007 dieselben Jugendlichen jährlich per Telefon gefragt, wo sie sich gerade befinden, welche Schritte sie gegangen sind und welche Erfahrungen sie gemacht haben. Wir können damit zum einen die erste Schwelle – von der Schule zur Ausbildung – in den Blick nehmen sowie für einen Teil der Jugendlichen durchaus auch schon die zweite Schwelle, den Schritt ins Berufsleben.

Es ist eine bundesweite Untersuchung, an der sich insgesamt 126 Schulen beteiligt haben. 2004, als wir die erste Untersuchung durchgeführt haben, waren die Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahre alt und befanden sich in den Abschlussklassen der Hauptschulzüge oder Hauptschulen, also in den 9. oder 10. Klassen je nach Bundesland. Ziel war es, **strukturell benachteiligte Jugendliche** mit schwierigen Startvoraussetzungen zu beobachten, die in den großen Untersuchungen sehr randständig bleiben. Methodisch haben wir zunächst mit Fragebogen-Erhebungen in den Schulklassen angefangen und haben sie dann weiter per Telefon befragt. Es ist ein Unterschied festzustellen: Es sind mehr Jungen in dieser Untersuchung vertreten – in den Hauptschulklassen ist der Anteil der Jungen höher als der der Mädchen. Wir haben einen äußerst hohen Anteil von **Jugendlichen mit Migrationshintergrund** in diesen Hauptschulklassen: 58 Prozent insgesamt. Wenn wir uns den Migrationshintergrund noch etwas genauer ansehen, sind die beiden größten Gruppen, die hier vertreten sind, Jugendliche mit türkischem Hintergrund und junge Aussiedler/innen.

Kurz vor Ende ihrer (Pflicht-)Schulzeit haben wir die Jugendlichen zum ersten Mal befragt: „**Wer hilft Ihnen** im Vorfeld Ihres Übergangs von der Schule in Ausbildung und Beruf?“ „Wer sind Ihre **wichtigsten Gesprächspartner/innen**, mit denen Sie sich über Ihre berufliche Zukunft austauschen?“ Mit großem Abstand spielt tatsächlich die Familie eine ganz wichtige Rolle, und zwar unabhängig davon, ob die Jugendlichen deutscher Herkunft oder Migrant/innen sind. Als Familienmitglieder sind die Eltern die wichtigsten Gesprächspartner – ganz gleich, was die Eltern über die Möglichkeiten wissen, die der Ausbildungsmarkt heute bietet. Insofern ist das sicherlich ein Hinweis: Wie kann man Eltern noch stärker mit einbinden in diesen ganzen Prozess? Wie kann man ihnen Wissen darüber vermitteln, was für den weiteren Weg der Jugendlichen von Bedeutung ist? An zweiter Stelle stehen die Freunde. Man tauscht sich darüber aus, was die anderen machen, was in der Peer-Group passiert. Mit 62 Prozent sind die erste Gruppe professioneller Helfer/innen die Lehrer/innen. Tatsächlich bilden diejenigen, mit denen die Jugendlichen täglich in der Schule zu tun haben, für sie eine sehr wichtige Gruppe, mit der sie sich über ihre berufliche Zukunft austauschen können. Die Lehrer/innen werden damit als wichtiger als die Berufsberater/innen empfunden, die in die Schulen kommen und mit den Klassen arbeiten. Dass die Sozialpädagog/innen relativ geringe Nennungen verzeichnen, liegt zum einen daran, dass nicht in allen Schulen, in denen wir untersucht haben, Sozialpädagog/innen vorhanden waren; zum anderen werden sie wegen anderer Problemlagen, nicht nur bezüglich der beruflichen Zukunftsplanung, konsultiert.

Uns interessierte auch die **Qualität der erhaltenen Unterstützung**: „Wie schätzen Sie die verschiedenen Hilfeleistungen ein, die Sie im letzten Schuljahr oder in den Schuljahren zuvor erhalten haben?“ Von den Jugendlichen selbst werden Praktika sehr positiv bewertet. Das, was sie tatsächlich praktisch kennen lernen, was teilweise auch über die Pflichtpraktika hinausgeht, spielt eine ganz wichtige Rolle für den Entscheidungsprozess der Jugendlichen: das heißt, wie gut Praktika in den Schulunterricht eingebettet sind, wie gut sie nach- und vorbereitet werden, und welche Möglichkeiten sie haben, sich tatsächlich auszuprobieren. Eine wichtige Erfahrung ist für sie, zu erkennen: „Das habe ich mir als Beruf ganz anders vorgestellt.“

Kurz vor Beendigung der Schule haben wir gefragt, welchen **Berufswunsch** die Jugendlichen haben. Die hochtrabenden, häufig sehr unrealistischen Wünsche, die man ihnen oft unterstellt, sind zu diesem Zeitpunkt nicht mehr gegeben. Es hat eine deutliche – auch geschlechtsspezifische – Anpassung an die Wirklichkeit stattgefunden.



Im März 2004 geht die größte Gruppe der Jugendlichen (44 %) davon aus, dass sie eine Ausbildung unmittelbar im Anschluss an die Schule beginnen wird. Die zweitgrößte Gruppe spielt schon mit dem Gedanken, weiter zur Schule zu gehen. Ein geringerer Anteil plant bereits eine Berufsvorbereitung. Praktika, arbeiten gehen und Ähnliches spielen eine untergeordnete Rolle.

Wie ist der **direkte Übergang** verlaufen? Im Herbst des gleichen Jahres, nach Beendigung der Pflichtschulzeit, ist der größten Gruppe weder der Übertritt in Ausbildung noch in Berufsvorbereitung gelungen. Mit 35 Prozent gehen die meisten der Jugendlichen weiter zur Schule – mit dem Ziel, den Schulabschluss zu verbessern oder einen höheren Schulabschluss zu erreichen. Nur ein Viertel hat einen Ausbildungsplatz. Ein weiteres Viertel geht in Berufsvorbereitung. 8 Prozent sind zu diesem Zeitpunkt unversorgt.

Im weiteren Verlauf gibt es einen leichten Anstieg bei denjenigen, die in Ausbildung kommen, nach einem Jahr Berufsvorbereitung beispielsweise. Wir finden aber auch Jugendliche, die im ersten Jahr gesagt haben: „Ich lasse mich nirgendwo hineinpressen.“ Auch von ihnen schafft es ein relativ großer Teil, in ein Ausbildungsverhältnis zu kommen, das unter Umständen eher ihren Vorstellungen entspricht. Allerdings ist der Anteil derer, die weiter zur Schule gehen, mit 31 Prozent auch im zweiten Jahr nach dem Übergang immer noch sehr hoch.

Das ist auch in den Folgejahren zu beobachten. Etwas mehr als die Hälfte der Jugendlichen kommt zwei oder drei Jahre nach dem Schulabschluss in Ausbildung. 22 Prozent sind nach wie vor in der Schule oder in berufsbildenden Schulen.

Der Anteil derer, die eine reine Berufsvorbereitung machen, sinkt sehr deutlich. 8 Prozent gehen arbeiten – d. h. dass sie meist ungelernter Arbeit nachgehen.

In den beiden letzten Jahren der Untersuchung – 2007 und 2008 – nimmt der Anteil derer, die in Ausbildung sind, etwas ab, weil die Ersten bereits die Ausbildung beendet haben. Es gibt 2007 einen deutlichen Anstieg bei den arbeitenden Jugendlichen mit 21 Prozent und im letzten Jahr (2008) mit 34 Prozent. Aber auch hier ist der Anteil derer, die ungelernter Arbeit nachgehen, relativ hoch. Ein sehr stabiler, sogar leicht wachsender Anteil der Jugendlichen ist unversorgt geblieben. Es sind nicht immer dieselben Jugendlichen, aber es ist ein stabiler Anteil zwischen 8 und 11 Prozent, die „gar nichts“ haben. Es existieren also Gruppen, die sich immer weiter vom Ausbildungs- und Arbeitsmarkt entfernen.

Die genauere Betrachtung einzelner Gruppen ist aufschlussreich. So haben wir uns beispielsweise die 25 Prozent der Jugendlichen näher angesehen, die Anfang 2004 in **Berufsvorbereitung** gegangen sind, und untersucht, wie deren Wege in den weiteren Jahren verlaufen sind. Ein Jahr später gehen 11 Prozent aus der Berufsvorbereitung in die Schule zurück. Knapp 40 Prozent schaffen es mit diesem Jahr zwischengeschalteter Berufsvorbereitung, eine Berufsausbildung aufzunehmen. Für diese Gruppe hat sich der Sinn der Berufsvorbereitung, nämlich ein Jahr lang seine Voraussetzungen zu verbessern, um dann in eine Ausbildung zu kommen, tatsächlich bewahrheitet. Aber: Ein Viertel der Jugendlichen schließt ein zweites Jahr Berufsvorbereitung an. Das weist auf eine beginnende Maßnahmekarriere hin – die Aneinanderreihung von Maßnahmen, die nicht unbedingt geeignet sind, den Weg in eine Ausbildung zu ebnet.



Die verbleibende Gruppe teilt sich in diejenigen auf, die (un-)qualifiziert arbeiten gehen, und diejenigen (15 Prozent), die aus einer Berufsvorbereitung in die Unversorgtheit gehen, die sich vom Arbeitsmarkt also eher entfernen.

Ein großer Anteil der Jugendlichen schafft es, zwei Jahre später in eine Ausbildung zu kommen. 21 Prozent drehen jedoch noch weitere Runden in der Berufsvorbereitung. Ein leicht steigender Anteil von Jugendlichen geht – natürlich ungelern – arbeiten. Eine zahlenmäßig gleich bleibende Gruppe bleibt unversorgt. Ein ähnliches Bild zeigt sich ein Jahr später – im dritten Jahr, nachdem die Jugendlichen die Schule verlassen haben: Der größte Teil derer, die in Berufsvorbereitung waren, schafft es in Ausbildung. Es gibt immer noch Jugendliche, die weiter in Berufsvorbereitung bleiben sowie einen steigenden Anteil in unqualifizierter Arbeit und einen leicht steigenden Anteil von unversorgten Jugendlichen. Im letzten Jahr wird dies noch einmal sehr deutlich: 17 Prozent der Jugendlichen arbeiten ungelern und 22 Prozent bleiben unversorgt. Das sind alarmierende Tendenzen.

Betrachten wir eine weitere Gruppe – die Jugendlichen, die 2004 **weiter zur Schule** gegangen sind: Die Entscheidung der Jugendlichen, weiter zur Schule zu gehen, ist durchaus langfristig angelegt. Der größte Teil der Jugendlichen bleibt ein weiteres Jahr an der Schule und versucht, seine Chancen zu verbessern. Wie viele schaffen es tatsächlich, einen besseren, höheren Schulabschluss zu erreichen? Für wie viele ist die Schule dagegen nur eine Zwischenstation, die keine Weiterqualifizierung bedeutet? Von der Gesamtgruppe von 345 Jugendlichen, die anfangs weiter zur Schule gegangen sind, hat ungefähr die Hälfte den Weg in Ausbildung geschafft. 7 Prozent erreichen das Fachabitur, die Aufnahme eines Studiums oder Ähnliches. 9 Prozent bleiben unversorgt. 11 Prozent gehen nach wie vor zur Schule.

Wie gelingt es, die Schulabschlüsse zu verbessern? Bei den Jugendlichen, die die Schule ohne Abschluss verlassen haben und dann weiter zur Schule gehen, geschieht im ersten Jahr das meiste. Knapp die Hälfte von ihnen schafft es, einen Schulabschluss nachzuholen. In den zwei folgenden Jahren werden es jedoch kaum mehr. Das heißt, wer es im ersten Jahr nicht schafft einen Schulabschluss nachzuholen, für den wird es danach immer schwerer. Ein etwas anderes Bild zeigt sich bei denjenigen, die mit einem (Haupt-) Schulabschluss die Schule verlassen haben. Ihnen gelingt es deutlich häufiger, ihren Schulabschluss zu verbessern, d. h. den Realschulabschluss nachzuholen oder sogar ein Abitur oder Fachabitur abzulegen.

Welche **Konsequenzen** ergeben sich daraus nun für die Praxis? Vor der ersten Schwelle müssen in den Schulen schon diejenigen Jugendlichen identifiziert werden, die eine systematische Begleitung benötigen, bei denen sich Schwierigkeiten bereits abzeichnen. Die Einbeziehung der Eltern ist ebenfalls wichtig angesichts der Rolle, die die Eltern in der Berufsorientierung spielen. Grundsätzlich muss es viel mehr Kooperation zwischen den unterschiedlichen Akteuren auf diesem Gebiet geben: Schule kann das nicht alleine leisten.

Nach der ersten Schwelle ist es für benachteiligte Jugendliche, die diese nicht erfolgreich bewältigen, wichtig, dass es eine kontinuierliche Begleitung gibt. Es muss eine Übergabe an begleitende Personen geben, die diesen Jugendlichen helfen. Förderschritte kann man nur **gemeinsam planen**. Man sollte die Handlungsfähigkeit der Jugendlichen nicht eindämmen, indem man für sie plant, sondern ihr Engagement bei der Planung stets konstruktiv mit einbeziehen.

Mittel- und langfristig geht es darum, dass immer dann, wenn Zwischenschritte enden, für die Jugendlichen klar sein muss, wie es weitergeht. Sinnlose Maßnahmekarrieren müssen vermieden werden. Sie schaden der Motivation der Jugendlichen oft nachhaltig. Die Bedeutung einer **vorausschauenden Planung** gilt nicht nur für den Übergang von der Schule in die Ausbildung, sondern auch von der Ausbildung in den Beruf.

Diejenigen Jugendlichen, die sich über **prekäre Arbeit und Unversorgtheit** immer weiter vom Ausbildungsmarkt entfernen, müssen besondere Unterstützung erhalten. Sie müssen wieder an den qualifizierten Arbeitsmarkt herangeführt werden. Dabei müssen auch die Herausforderungen, die ältere Jugendliche stellen, berücksichtigt werden. Die Gruppe dieser Jugendlichen ist groß und wächst in den letzten Jahren kontinuierlich. Sie zu vernachlässigen wäre eine gefährliche Hypothek für unsere Gesellschaft.



Projekt „Übergangspanel“ des DJI:

www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=276

und
mi
und
(A) Was
PA. die
B.O. B
müssen
der Be
betate
* Netz
* Trans
practic
* Indiv
detac

zent

A

Einheit
Konzept
Verf

Finanze
Absicher

Qualia
Person
u.a. Aus
Mentor

Fortbil
unter B
aktuel

BO durch

fin: 1. Stud
2.

kooperat +
bildungsstör
bildungsgeher

3. Schü-
befragen
4. P-plek
5. Vorbe
Prakt
6. Dür
7. Auswe
Pro
8. Perspekt
härtste S
9. Bew.-
(Vorstellg.)

-Schule
9.14

Idee: So
Ge

Vorurteil

BERICHTE AUS DEN
ARBEITSGRUPPEN

Schwächen
by

gemeins
erwi
verde



Thema

Maßnah

Themen

Reha-Ab
(BAA

teste
Sozial
Projektat

Kontakt: Nothtrau

Wichtige
Finanze
rung

Handy und
die Apparat
aus dem

Eltern
durch
Gründungs-
Schulung

El

Gute Schule, schlechte Schule? Benachteiligung und Selektion in der Schulbildung



Christian Füller,
die tageszeitung/Autor
„Die gute Schule“

Gute Schule, schlechte Schule? Benachteiligung und Selektion in der Schulbildung

Angela Meier

Unser System produziert Verlierer

Einen interessanten und provokanten Einstieg in das Thema der Arbeitsgruppe gibt Christian Füller, Journalist im Bildungsressort der tageszeitung und Autor des Buches „Die gute Schule“. Es sei „5 vor 12“ in Deutschland, einem Land mit großer Bildungsarmut. Nach dem Pisa-Schock des Jahres 2000 habe sich 2006 eine leichte Verbesserung gezeigt. Dennoch produzierten die unterschiedlichen Schulformen „Risikoblöcke“, d. h. Schüler/innen, die nicht die notwendigen Voraussetzungen für eine Berufsausbildung mitbrächten. Die UN fordere schon seit langem die Abschaffung der verschiedenen Schultypen. Deutschland reagiere aber nicht und experimentiere weiter – was nicht zuletzt auch dem föderalen System geschuldet sei.

Füller argumentiert, dass sogenannte bildungsferne Jugendliche erst zu solchen gemacht würden, auch von Lehrer/innen. Schulversager seien zunehmend in kritischen Schulumilieus konzentriert, wobei das Ausmaß in Deutschland sehr unterschiedlich sei. In Berlin beispielsweise umfasse es etwa 60 % der Schüler/innen, die aus einem schwierigen Umfeld kämen – Sitzenbleiber, Migrant/innen, gewalttätige Jugendliche, ungelernte und arbeitslose Eltern.

Wer soll aber unsere Renten bezahlen? Wir brauchen fähige und willige Jugendliche, die in das Berufsleben kommen und nicht eine Harz-IV-Karriere ansteuern. Lehrer/innen sortierten die Schüler/innen nach ihren Schwächen. Kinder aus einem sozial schwachen Milieu gelangten meistens auf die Hauptschule, womit bereits eine Chancenlosigkeit vorprogrammiert sei: „Das dreigliedrige Schulsystem produziert Verlierer.“ Das Problem zeige sich aber auch in Bundesländern wie Hessen und Nordrhein-Westfalen, die teilweise Gesamtschulen hätten.

Rezepte? Ja, es gäbe sie, sie würden nur nicht genutzt. In Amerika gelte der Spruch: „Wir lassen kein Kind zurück!“ Wir wendeten das Prinzip der Auslese an und sortierten die Schüler/innen in unserem Schulsystem nach ihren Schwächen. Warum bleibt das Schulsystem so? Warum werden die Schulreformen, die immer stärker gefordert werden,



nicht umgesetzt? Viele Fragen stehen im Raum. Sie müssen beantwortet werden – von Lehrer/innen, Bildungsträgern und Politiker/innen.

Kritik am Schulsystem

Nun beginnt die eigentliche Arbeit, die Arbeit an der „Reform von unten“ durch die Teilnehmer/innen, die aus ganz verschiedenen Bereichen kommen – Sozialpädagog/innen, Lehrer/innen an Gesamt- und Realschulen, Mitarbeiter/innen freier Bildungsträger etc. Am Anfang steht eine kritische Bestandsaufnahme zum Thema Benachteiligung und Selektion in der Schulbildung. Negativ fällt den Teilnehmer/innen u. a. Folgendes auf:

- *Frontalunterricht (auditi-ver und audiovisueller Unterricht)*
- *Überlastung der Lehrer*
- *festes Einzugsgebiet der Schulen und damit eine Bindung an die Schulen im Wohngebiet*
- *keine freie Schulwahl*
- *starre Lehrpläne, Methodenarmut*
- *Ghettobildung*
- *Ghettosprache (türkische und arabische Jugendliche gehen mit eigener Sprache durch die Welt)*
- *Abschaffung der Grundschulen und Zusammenlegung von Schulen in ländlichen Gegenden → Schulsterben*

- *kaum Praxisbezug in der Lehrerausbildung, psychosoziale Kompetenzen werden vernachlässigt*
- *fehlende Vernetzung mit der Wirtschaft*
- *Bürokratisierung vieler Vorgänge*
- *mangelnde Vernetzung Jugendhilfe – Schule – Elternhaus*

„Das Schulsystem zerstört die Schulfreude“, äußert eine Lehrerin. Lehrer/innen würden vorrangig die Schwächen der Schüler/innen hervorheben und dabei vergessen, die Stärken und die positiven Eigenschaften ihrer Zöglinge zu betonen. Rein kognitives Wissen stehe im Vordergrund. Bei vielen Schülern herrsche nur noch Frustration und auf dieser Basis könnten keine Erfolge erzielt werden. Eine weitere kritische Anmerkung wird bezüglich der Lehrerausbildung gemacht: Vielen Lehrer/innen würde es an wichtigen Kompetenzen mangeln. Sie wüssten beispielsweise nicht, wie man mit Problemschülern umgeht. Gerade hier seien mehr Förderprogramme für Lehrer/innen erforderlich. Jede Schule müsse eine „Schulkultur“ haben, mit der man sich identifizieren könne – eine „Philosophie der Schule“.

Was wäre wenn?

Zwei Regeln bestimmen die Visionsphase: „Positiv sein!“ und „Alles ist möglich!“. Die Teilnehmer/innen werden gebeten, sich Folgendes vorzustellen:

Es ist das Jahr 2015. Das Engagement der Lehrer/innen hat Früchte getragen, Projekte sind positiv umgesetzt worden,



die Benachteiligung der Jugendlichen ist abgebaut und die Kooperation bzw. Vernetzung der Bildungsträger mit der Wirtschaft funktioniert.

Aufgabe ist es nun, auf einem Blatt Papier die Vision zu symbolisieren. Eifrig und farbenfroh machen sich die Teilnehmer/innen in zwei Gruppen an diese kreative Herausforderung.

Die eine Gruppe malt ein Gebäude, dessen Fundament die Elternarbeit bildet. Lehrer/innen müssten verstärkt die Elternhäuser aufsuchen, um das häusliche Umfeld der Schüler/innen kennen zu lernen und Gespräche über die Berufswünsche, Interessen, Stärken zu führen. „Lehrer, geht nach Hause zu den Schülern! Es lohnt sich!“, betont eine Gesamtschullehrerin. Die vier Säulen des Gebäudes bilden (1) die Elternarbeit, (2) Durchlässigkeit und (3) Praxisbezug der Schule sowie (4) ein Team-, Planungs- und Praxistag für Schüler/innen, zu dem Kooperationspartner in die Schulen eingeladen werden, und den die Schüler/innen möglichst individuell gestalten können. Im Dach befindet sich das Endziel für die Jugendlichen, die Ausbildung bzw. das Studium.

Mit Blick auf die Umsetzung dieser Ideen werden folgende Forderungen formuliert:

- *Praxistag in der Schule (Schüler/innen gehen in Betriebe und umgekehrt)*
- *Projektarbeit*
- *Elternmitarbeit*
- *Betriebspatenschaften*
- *weniger Regulierung der Schulen, Autonomie der Schulen stärken*
- *kleine Klassen*

Die andere Gruppe setzt in die Mitte des Bildes eine offene Reformschule, die mit partizipativen Methoden arbeitet sowie interessen- und stärkenorientiert ist. Es soll eine Vernetzung mit dem lokalen Umfeld, d. h. Zimmerei, Friseur, Theater, Kinder- und Jugendeinrichtungen, Eltern-

haus, Kindergarten, Natur, Stadtteil erfolgen. Die Schüler/innen würden als Akteure im sozialen Umfeld gesehen. Kooperationen sollten entstehen, die das Kind in den Mittelpunkt rückten. Schüler/innen gingen mehr in die Praxis und erhielten dann die Möglichkeit, ihr erworbenes Wissen und ihre Erfahrungen in der Schule weiterzugeben. Am Ende stünde die Erkenntnis: „Wir brauchen das Schulwissen.“ Aber auch das Umfeld müsse lernen, das „Kind als Menschen ernst zu nehmen“. Diese Vision endet mit dem Bild eines lächelnden Kindes.

Visionen zu haben ist leichter als sie umzusetzen. Wir müssen immer auch selbst etwas tun, um das Ziel zu erreichen, erkennen die Teilnehmer/innen. Andere – Politiker/innen, Arbeitgeber etc. – seien aber auch gefordert.

Folgende Vorschläge werden erarbeitet:

- *Themenabende*
- *Elternarbeit, Projekt „Komm auf Tour“*
- *Feste*
- *Sozialtag*
- *Projektstage/Projektwoche*
- *Elternbesuche ab der 7. Klasse*
- *Beratungsgespräch in der 8. Klasse, erste Berufsorientierung*
- *Beratungsgespräch, Praktika in der 9. Klasse*
- *Beratungsangebot Schule und Beruf*

Die wichtigste Forderung an die Politik ist die Finanzierung dieser Projekte.



Fazit

Keiner der Teilnehmer/innen weiß, ob man im Jahr 2015 das lächelnde Kind aus der Vision sehen wird, aber alle sind sich sicher, dass mit dieser kreativen Veranstaltung ein weiterer Schritt in die richtige Richtung gegangen worden ist. Es fand ein angeregter und fruchtbarer Austausch von Ideen und Projekten der Schulen unter den Teilnehmer/innen statt. So mancher Teilnehmer möchte sofort an die Umsetzung neuer Ideen gehen: zurück an die Schulen und mit kleinen Schritten dem Ziel näher kommen, benachteiligten Jugendlichen bessere Chancen für den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Alle Teilnehmer/innen sind sich einig: Nur über eine tiefgreifende Schulreform, durch die Vernetzung der Schulen mit der Wirtschaft und das Handeln der Politik kann diese Vision Wirklichkeit werden. „Wir müssen handeln!“

PRAXISBEZUG IN DEN SCHULEN Maßnahme:

- gesellschaftliche Strukturen öffnen bei Eltern, Betrieben, Verwaltung

Forderungen:

- ein Praxistag pro Woche: Schüler/innen gehen in die Betriebe oder umgekehrt
- Projektarbeit
- Elternarbeit
- Betriebspartnerschaften
- weniger Regulierung der Schulen → Autonomie
- kleine Klassen, max. 20 Schüler/innen

ELTERNARBEIT:

- Themenabende
- Berufswahl-Pass
- aufsuchende Elternarbeit
- „Komm auf Tour“ – regelmäßige Finanzierung gewährleisten
- Reha-Abteilung (BAA)
- Feste

- Sozialtag

- Projekttag/-Woche
- mindestens 4 Sozialpädagoge/innen pro Schule (Betreuungsverhältnis 1:100)

Konkreter Ablauf:

- Elternbesuche zu Hause am Anfang (7. Klasse)
- Beratungsgespräch: Berufsorientierung stärken (8. Klasse)
- Beratungsangebot: Praktika (9. Klasse)
- Beratungsangebot: Übergang Schule-Beruf

Chancen für Jugendliche mit niedrigen Bildungsabschlüssen



Olaf Schwede,
DGB-Jugend

Chancen für Jugendliche mit niedrigen Bildungsabschlüssen

Mareike Korte

Wenig Ausbildungsplätze und starke Konkurrenz

Olaf Schwede, politischer Referent der DGB-Jugend in Hamburg, stellt einführend die gegenwärtige Situation von Jugendlichen mit niedrigen Bildungsabschlüssen dar und verdeutlicht, vor welchem Hintergrund die Diskussion über deren Chancen geführt wird. Das Grundproblem sei, dass es zu wenig Ausbildungsplätze in Deutschland gäbe, da nur 25 % der Unternehmen ausbilden. Gerade in den Großstädten fände eine starke Verdrängung Jugendlicher mit niedrigen Bildungsabschlüssen vom Ausbildungsmarkt statt. Diese Jugendlichen hätten nur sehr schlechte Chancen auf einen Ausbildungsplatz, da sich zunehmend mehr leistungsstärkere Jugendliche mit besseren Bildungsabschlüssen und flexible Jugendliche aus dem Umland der Großstädte auf die zur Verfügung stehenden Stellen bewerben würden. Die Unternehmen könnten folglich immer höhere Ansprüche an die Auszubildenden stellen.

Die aktuelle öffentliche Debatte über Ausbildungsfähigkeit und -willigkeit der Jugendlichen sei für diese daher oft demotivierend – sie bekämen vermittelt, keine Chance zu haben. So komme es vor, dass ein 13-jähriger Hauptschüler auf die Frage, was er werden wolle, mit „Hartz IV“ antworte.

Es sei ein Mentalitätswandel notwendig: Den Jugendlichen müsse deutlich gemacht werden, dass sie eine Chance haben, wenn sie sich anstrengen. Das bedeute allerdings, dass sie diese Chancen auch wirklich erhalten müssten. Schwede sieht dabei zwei große Probleme: erstens den Kostendruck in den Unternehmen, der dazu führe, dass möglichst wenig in die Auszubildenden investiert wird und somit erwartet wird, dass diese bereits mit so vielen Qualifikationen wie möglich in das Unternehmen kommen; zweitens der Mangel an Ausbildungsplätzen, der viele Jugendliche unversorgt lässt. Ein wichtiger Diskussionspunkt sei daher die Frage nach staatlicher Regelung sowie der Finanzierung von Ausbildung.



Lehrer/innen, Sozialpädagog/innen und Schüler/innen

Die meisten der Teilnehmenden sind in der Arbeit mit Jugendlichen tätig, die größte Gruppe bilden die Lehrer/innen und Sozialpädagog/innen. Auch vier junge Männer auf dem Weg zum Realschulabschluss mit dem Schwerpunkt Elektrotechnik haben sich für diesen Workshop entschieden. Sie alle sind sich einig: Die Chancen für Jugendliche mit niedrigen Bildungsabschlüssen sind ungenügend, ebenso wie die Qualifizierungsmaßnahmen, die diesen Jugendlichen zur Verfügung stehen.

Wildwuchs an Maßnahmen und zu hohe Ansprüche

Im ersten Schritt tragen die Teilnehmer/innen ihre Erfahrungen und Einschätzungen zur Situation junger Menschen mit niedrigen Bildungsabschlüssen zusammen. So berichtet ein Jugendlicher von den (zu) hohen Ansprüchen, die an Auszubildende gestellt werden. Viel kritisiert wird auch der „Wildwuchs an Maßnahmen“. Die vielen verschiedenen Zuständigkeiten für die betroffenen Jugendlichen machten die Planung und ausreichende Information für die Jugendlichen und die in der Arbeit mit diesen Jugendlichen engagierten Erwachsenen sehr schwierig. Ein weiteres Problem sei die Stigmatisierung der Jugendlichen, die deren Selbstwertgefühl mindere.

Die Teilnehmer/innen formulieren bereits jetzt konkrete Forderungen, die sich aus den genannten Problemen ergeben. Es besteht Einigkeit, dass mehr professionelle Beratung der Jugendlichen notwendig ist und mehr Berufseinstiegsbegleiter erforderlich sind. Allen Beteiligten liegt die drohende Kürzung bzw. Streichung des Berufsorientierungsunterrichts auf der Seele, der unentbehrlich sei. Aus diesen und vielen weiteren Forderungen wird deutlich, dass eine in sich schlüssige Struktur und klare Zuständigkeiten für die intensive Beratung und Begleitung Jugendlicher mit niedrigen Bildungsabschlüssen erforderlich sind. Ebenso sind Veränderungen in der Ausbildungssituation und bei den Ausbildungsmöglichkeiten notwendig. Wie diese genau

aussehen sollen, versuchen die Teilnehmenden im nächsten Schritt zu erarbeiten.

Visionen von Netzwerken und „passgenauer“ Vermittlung

Die Visionsphase des Workshops stellt die Jugendlichen und Erwachsenen zunächst vor eine große Herausforderung. Die Moderatorin fordert die Jugendlichen auf, sich einen Zeitsprung ins Jahr 2011 vorzustellen, alle anderen sollen sich gedanklich in das Jahr 2015 begeben. Unter der Prämisse, dass alles möglich sei, sollten sie sich nun ausmalen, dass ihr Engagement Früchte getragen hätte und ihre Idealvorstellung einträte. Das fällt den Teilnehmer/innen gar nicht so leicht, denn dazu müssen erst mal die vielen Schwierigkeiten und Hindernisse gedanklich beiseite geschoben werden, die in der vorigen Diskussion eine so große Rolle gespielt haben. Nach und nach bringen die Teilnehmer/innen ihre Visionen in Form von Symbolen aufs Papier.

In Kleingruppen tauschen sich die Teilnehmer/innen über ihre Visionen aus und entwickeln Ideen zu ihrer Umsetzung. Eine Gruppe beschäftigt sich mit der Vision einer Hauptschulbildung, die eine optimale Vorbereitung für die folgende Ausbildung bietet. Das große Ziel sei hierbei, „die Regelförderung zu stärken, um das ‚Reparatursystem‘ aus Überbrückungsmaßnahmen überflüssig zu machen“. Die Liste der nötigen Veränderungen ist lang: Sie reicht von besserer frühkindlicher Förderung über die Notwendigkeit kleinerer Klassen bis hin zu kontinuierlicher und qualifizierter Berufsberatung der Schüler/innen.

„Netzwerke schaffen“ ist das Ziel einer weiteren Gruppe: Sie wünschen sich eine intensive Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure, die für die Berufschancen der Jugendlichen eine Rolle spielen. So entsteht das Bild eines Spinnennetzes, in dem Berufsschulen, die Arbeitsagentur, Schulen, Betriebe und die Familien den Jugendlichen Unterstützung leisten. Ein Schüler beschreibt es so: „Es soll ein Netz entstehen, das Halt bietet, an dem aber keiner kleben bleibt.“



Bedarfsorientierte und passgenaue Vermittlung in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt

„Jeder soll den Beruf lernen, den er haben möchte“, formuliert eine dritte Gruppe ihre Vision. Die notwendigen Schritte hierfür seien:

- Analyse des Bedarfs auf dem Arbeitsmarkt
- Zusammenführung von Bedarfen der Betriebe und Voraussetzungen der Jugendlichen → ggf. Entwicklung neuer Berufsbilder
- uneingeschränkte Berufsorientierung und Berufsvorbereitung; kein Beruf soll für die Jugendlichen ausgeschlossen bleiben
- passgenaue Ausbildung
- Gewährleistung der Vermittlung der Jugendlichen in die gewünschte Arbeit

Motivation entsteht durch das Gefühl gebraucht zu werden

Die Diskussionen um die verschiedenen Visionen zeigen, dass ein Problem, mit dem sich alle Beteiligten im Alltag auseinandersetzen müssen, die Motivation der Jugendlichen ist. So beschreibt eine Teilnehmerin, die mit jungen Müttern auf dem Weg zur Berufsausbildung arbeitet: „Junge Mütter und ältere Jugendliche sehen Qualifizierungsmaßnahmen oft als Chance. Jüngere Teilnehmer/innen sind teilweise nur wegen dem Kindergeld dort.“ Ein anderer Teilnehmer legt demgegenüber dar, dass Motivation durch Perspektiven entstehe und durch das Gefühl gebraucht zu werden.

Maßnahmenpläne und Forderungen an die Politik

Abschließend wird die Umsetzung der Visionen geplant. Die fünf Kleingruppen erarbeiten „Maßnahmenpläne“ für ihre Projekte: Auf der einen Seite werden Schritte zur eigenen Durchführung entwickelt, auf der anderen Seite Forderungen an die Politik gestellt.

Erhalt des Berufsorientierungs-Unterrichts

einheitliche Ausbildungsrahmenpläne

Finanzielle Absicherung (Regelsatz)

Einheitliche Konzeptentwicklung (Vertreter/innen aus Schule, Politik, Gewerkschaft, Betrieb)

Qualifiziertes Personal (u.a. Ausbildung von Mentor/innen, Einrichtung von festen Stellen)

Fortbildungsangebote (unter Berücksichtigung des aktuellen Arbeitsmarktes)

Abschaffung der Projektfinanzierung, mittel- und langfristige Finanzierung von Projekten sichern



Studium nur für wenige? Soziale Selektion beim Zugang zu akademischer Bildung



Stefan Grob,
Deutsches Studentenwerk

Studium nur für wenige? Soziale Selektion beim Zugang zu akademischer Bildung

Oliver Bey

Die akademische Bildungslandschaft ist in Bewegung. Die im Rahmen des Bologna-Prozesses in Angriff genommene Umstellung sämtlicher Studiengänge auf das Bachelor-/Master-System und die Erarbeitung wettbewerbsorientierter Profile an den jeweiligen Hochschulen weisen in eine neue Richtung. Zu konstatieren ist allerdings, dass sich der hochschulpolitische Diskurs derzeit fast ausschließlich um die Generierung von Elite/Exzellenz sowie die Ausgestaltung der hinzugewonnenen Autonomie der Universitäten dreht. Mit Blick auf die begrenzten personellen und finanziellen Kapazitäten der Hochschulen drohen andere, nicht weniger drängende Themen ins Hintertreffen zu geraten.

Ziel des Workshops „Studium nur für wenige? Soziale Selektion beim Zugang zu akademischer Bildung“ ist, auf diese nicht minder heikle Frage zu lenken, die von den Hochschulen oftmals nur stiefmütterlich behandelt wird. Neue Impulse und Denkanstöße verspricht die heterogene Zusammensetzung der Gruppe, die Schüler/innen, Studierende, an Schulen tätige (Sozial-)Pädagog/innen sowie Personen aus dem Bereich hochschulpolitischer Verbände umfasst.

Konsens herrscht innerhalb der Gruppe von Anbeginn darüber, dass „Bildung sexy sein muss“. Angesichts des globalen Wettbewerbs auf dem Weg zur Wissensgesellschaft sowie des demografischen Wandels kann es sich Deutschland nicht leisten, Bildungspotentiale jedweder Art ungenutzt zu lassen. In der Gesellschaft muss ein neues Verständnis für den herausragenden (Stellen-)Wert von Bildung entwickelt werden. Schließlich könne es nicht angehen, „bis nach Tansania reisen zu müssen, um den Wert von Bildung zu erfahren“, so ein Teilnehmer leicht resigniert über die „ritualisierte Lähmung“ der deutschen Bildungslandschaft. Ferner erkennt die gesamte Gruppe, dass es gesamtgesellschaftlicher Anstrengungen bedarf, die bereits im Kindergarten ansetzen müssen, damit sie später greifen können.



Studium als Erbprivileg

Mit über 90 Universitäten, 180 Fachhochschulen und mehr als 100 weiteren akademischen Bildungseinrichtungen ist Deutschland quantitativ breit aufgestellt. Die hohe Zahl unterschiedlicher Bildungseinrichtungen darf allerdings nicht über die „allgegenwärtige soziale Selektion hinwegtäuschen“, betont ein an einer Gesamtschule tätiger Teilnehmer. Deutlich wird der nicht zu beschönigende Umstand mit Blick auf aktuelle Zahlen, die Deutschland im Vergleich zu anderen industrialisierten Staaten einen Platz im unteren Drittel zuweisen: Statistisch gesehen erreichen lediglich 23 % aller Kinder aus sogenannten bildungsfernen Schichten einen Hochschulabschluss. Mit 83 % liegt die Quote für Kinder von Eltern mit akademischer Ausbildung ungleich höher – ein Gruppenmitglied kommentiert dies leicht empört mit der Aussage „Akademiker reproduzieren sich faktisch selbst“.

Vor dem Hintergrund, dass Deutschland noch immer zu wenig akademischen Nachwuchs ausbildet, ist diese Entwicklung nicht nur gesellschaftspolitisch und sozial unhaltbar, sondern auch „betriebswirtschaftlich dumm“. Nennenswert gesteigert werden kann die Zahl der Hochschulabschlüsse in Anbetracht der oben aufgeführten Zahlen nämlich nur dann, wenn das Potential angeblich bildungsferner Schichten nicht länger vergeudet wird. Stark unterrepräsentiert sind mit einem Anteil von acht Prozent an der Gesamtstudierendenzahl zum Beispiel junge Menschen mit Migrationshintergrund. Auf dem Weg in die viel beschworene Wissensgesellschaft muss „(akademische) Bildung allen umfassend zugänglich gemacht werden“, formulieren die Teilnehmer/innen als gemeinsames Ziel.

Zugangshürden abbauen – Chancengleichheit fördern

Grundbedingung für gleiche Zugangschancen zu akademischer Bildung ist der Abbau von (Zugangs-)Hürden. In einer angeregten Diskussion identifiziert die Gruppe drei wesentliche selektive Stränge:

→ Finanzielle Planungsunsicherheit

Oftmals werde die Belastung der Studierenden beziehungsweise derer Eltern, die die Einführung allgemeiner Studiengebühren für sie bedeutet, unterschätzt. 26 % eines Abiturjahrgangs nennen Studiengebühren als primären Grund für die Entscheidung gegen ein Hochschulstudium. Mehrere

Teilnehmer/innen, die selbst Eltern sind, geben unter diesem Gesichtspunkt zu bedenken, dass daneben die Kosten für den allgemeinen Lebensunterhalt stark ins Gewicht fallen und die Entscheidungsfindung beeinflussen.

Zu bedenken gibt Stefan Grob vom Deutschen Studentenwerk, dass insbesondere „bildungsferne Schichten und Familien mit Migrationshintergrund bei der Aufnahme von Schulden im Rahmen der BAföG-Mittel reserviert agieren oder vor der Auseinandersetzung mit dem ‚Bürokratie-Dschungel‘ zurückschrecken“. Eine wirkliche Alternative böten auch Stipendien nicht. In Deutschland kämen derzeit nicht mehr als zwei Prozent der Studierenden in den Genuss dieser Form der Unterstützung. Bedenklich sei darüber hinaus, dass der durchschnittliche Satz bei lediglich 350 Euro pro Monat liege, merkt einer der Teilnehmer kritisch an. „Je niedriger der Bildungsgrad ist, desto eher werden der Wert eines Studiums unterschätzt und die Kosten für selbiges überschätzt“, bringt ein anderer Teilnehmer ein.

→ Zugangsbarrieren

„Das Aussieben beginnt bereits in der Schule“, gibt ein Schüler zu bedenken. Das dreigliedrige Schulsystem beeinflusse den individuellen Bildungsweg eines Kindes schon in der Grundschule nachhaltig, da die Schüler/innen frühzeitig ausgegrenzt würden.

Ein weiteres Problem sehen die Teilnehmenden in der Belegung von mittlerweile jedem zweiten der 11.000 Studiengänge in Deutschland mit Zulassungsbeschränkungen, dem sogenannten Numerus Clausus. „Dies grenzt die Studienwahl vieler Abiturienten stark ein“, bemerkt ein Schüler aus der Runde. Ziel könne es nicht sein, dass sich angehende Studierende aufgrund dieser Barrieren schließlich gegen ein Studium entschieden.

→ Schlechte Studienbedingungen

Einmal an einer Hochschule immatrikuliert, ergäben sich in Form überfüllter Studiengänge, schlechter Betreuungsverhältnisse oder anderer struktureller Probleme die nächsten Herausforderungen. Alle Teilnehmer/innen stimmen überein, dass den Universitäten mehr Geld zur Verfügung gestellt werden müsse, um die Studienbedingungen nachhaltig verbessern zu können.



„Auf dem Weg zur Wissensgesellschaft wird das Potential aller benötigt!“

In die Spitze und Breite investieren

Abschließend verständigt sich die Teilnehmerrunde darauf, dass die derzeit vorherrschende Fokussierung auf die Förderung der Elite an den elementaren Bildungszielen Deutschlands vorbeiläuft. International ist nur konkurrenzfähig, wer die Selektion beim Zugang zu den diversen Bildungseinrichtungen überwindet. Unabdingbar ist hierbei, die Attraktivität der Bildungseinrichtungen zu steigern und die finanzielle Planungssicherheit der Studierenden zu garantieren, um die hohe Abbrecherquote von derzeit circa 20 % zu senken. Die gegenwärtige Lage könnte zum Beispiel durch die Einführung eines unabhängig vom Einkommen der Eltern gezahlten „Bildungsgelds“ spürbar verbessert werden. Hiervon versprechen sich die Teilnehmer/innen einen nachhaltigen Innovationsschub, der sich auf sämtliche Gesellschaftsschichten positiv auswirke. „Nur wenn Bildung als Staatsziel definiert wird, erzielen umfassende Bildungsinvestitionen eine volkswirtschaftliche Dividende“, ist die einhellige Devise unter den Workshop-Teilnehmer/innen. Nur wenn individuelle Bildungswege ermöglicht würden, könnten ungenutzte Potentiale mittelfristig aufgespürt und der Trend der größer werdenden sozialen Kluft umgekehrt werden.

SCHRITTE

- Bürgerbewegung
- Lobby schaffen: Internet, AGs, Hochschulgruppen, Promis gewinnen (Aushängeschild)
- Konzept erarbeiten
- Gesellschaftlicher Nutzen
- Ist- und Sollzustand
- Experten heranziehen (Expertenwissen einbeziehen)
- Finanzierung der Kampagne

FORDERUNGEN

- Bildungsgeld für alle!
- Kita-Kinder, Schüler/innen, Auszubildende, Studierende -> lebenslanges LERNEN
- Zusätzliche 50 Mio. zur Umsetzung des Konzepts
- Bildung als Hauptaugenmerk: Bildung zuerst (in der Breite wie in der Spitze)

Im Abseits? Geografische Herkunft als Ausgrenzungsfaktor



Anke Fischbock,
Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische
Jugend im ländlichen Raum

Im Abseits? Geografische Herkunft als Ausgrenzungsfaktor

Stefanie Puschmann

Geografische Herkunft – eine schwere Hypothek?

Für die Ausbildungssuche von Jugendlichen spielt deren Herkunft eine wichtige Rolle, legt Anke Fischbock von der „Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugend im ländlichen Raum“ einfürend dar. Arbeitgeber achteten darauf, woher die Bewerber kämen. Es werde unterschieden, ob Bewerber/innen vom Land, aus der Stadt, aus dem Westen oder Osten kämen und ob sie in Problembezirken oder strukturschwachen Räumen aufgewachsen seien. Jugendliche aus dem ländlichen Raum sowie Jugendliche aus Problemkiezen würden von vielen Arbeitgebern von vornherein nicht in Betracht gezogen werden. Manchmal könne es jedoch auch eine Chance sein, aus einer scheinbar benachteiligten Gegend zu kommen. Firmen im ländlichen Raum seien oft sehr tief in ihrer Region verwurzelt und bevorzugten Jugendliche aus dieser Region, auch wenn deren Schulabschlüsse manchmal schlechter seien als die der Bewerber/innen aus der Stadt. Für viele Jugendliche bestünde ein Problem auch darin, dass sie dort, wo sie wohnen, nicht den Ausbildungsplatz finden, den sie gerne hätten. Die meisten würden jedoch nicht umziehen wollen oder längere Fahrtzeiten auf sich nehmen, so dass sie entweder einen anderen Beruf erlernen oder auf einen Ausbildungsplatz verzichten müssten. Das soziale Umfeld zu verlassen, fiele vielen sehr schwer. Auch finanzielle Probleme könnten hier zum Tragen kommen: Bei einem Auszug aus der elterlichen Wohnung müsse eine eigene angemietet werden. Dies übersteige jedoch die finanziellen Mittel, die den Jugendlichen im Rahmen einer Ausbildung zur Verfügung ständen.



Mögliche Nachteile

Die Teilnehmer/innen identifizieren folgende Faktoren im Zusammenhang mit der geografischen Herkunft, die mit Blick auf die Chancen im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt eine negative Rolle spielen können.

- *anreizarme Umgebung*
- *kultureller Hintergrund: z. B. unterscheiden sich in den verschiedenen Kulturen die Vorstellungen des schulischen Auftrags*
- *Abschiebung der schwierigen Schüler/innen in eine bestimmte Schule bzw. in eine Klasse*
- *Überforderung der Lehrer/innen*
- *Befremden bezüglich unterschiedlicher Kulturen*
- *Bildungshintergrund der Familien*
- *Eltern können keine Unterstützung anbieten*
- *Eltern haben selbst eine negative Einstellung*
- *migrantenstarke Gegenden: Schwierigkeiten beim Erlernen der deutschen Sprache*
- *Resignation der Jugendlichen, wenn sie meinen, keine Perspektive zu haben*
- *eingeschränkte Mobilität in ländlichen Regionen*

Wie wäre der Idealzustand?

Die Teilnehmer/innen denken sich Slogans aus, von denen jeder für ein erreichtes Ziel steht:

- *Jugendliche werden ernst genommen von der Politik.*
- *Jugendliche werden gesucht und gebraucht.*
- *Unterschiede werden als Bereicherung empfunden.*
- *Die Sprachenvielfalt wird als Chance wahrgenommen.*

- *Familie, Schule, Beratung, Praktika, Beruf stehen im Einklang miteinander.*

Darauf aufbauend erarbeiten die Teilnehmer/innen drei Zukunftsvisionen:

→ *Jugendliche werden gebraucht und geschätzt*

Die Wirtschaft bietet ein breites Spektrum an Ausbildungsplätzen und jeder Jugendliche erhält einen. Die Politik hat ein offenes Ohr für die Bedürfnisse der Jugendlichen. Es gibt einen eigenen Ausschuss im Bundestag, in dem Politiker/innen und Jugendliche sitzen. Vor diesem können Jugendliche ihre Belange vortragen und gemeinsam an den Problemen arbeiten.

→ *Das ganze Gemeinwesen setzt sich für die Jugendlichen ein: Kita, Schule, Familie, Berufsberatung, Beratungsstellen ...*

Es wird gemäß dem afrikanischen Sprichwort gehandelt: „Es braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind zu erziehen.“

→ *Vielfalt wird wertgeschätzt*

- *Neugier und Freude bei Unterschiedlichkeiten statt Ablehnung*
- *kein Rassismus in den Betrieben*
- *Kultur, Sprache und Herkunft anderer werden als Bereicherung empfunden*
- *die Menschen halten die Augen offen für Möglichkeiten zur Horizonterweiterung*

Wie können die Ideen umgesetzt werden?

In der Umsetzungsphase arbeiten die Teilnehmer/innen an zwei Projekten:

→ *Netzwerk Ausbildung/Bildungsnetzwerk*

In dieser Gruppe sind vorwiegend Teilnehmer/innen aus Institutionen, die mit Jugendlichen arbeiten und ihnen helfen



einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Sie gehen an Schulen und helfen den Jugendlichen bei Maßnahmen zur Weiterbildung. Daher einigen sie sich auf den Schwerpunkt Schule.

Es wird bemängelt, dass es eine Vielzahl von Angeboten gäbe, die unübersichtlich für die Jugendlichen wie auch für die Lehrer/innen und Rektor/innen seien. Die Schulen reagierten zum Teil auf Anfragen schon gar nicht mehr, sondern empfänden es eher als lästig, sich auch noch damit auseinander zu setzen. Weiterhin wird es als schwierig wahrgenommen, dass viele Projekte, die Jugendliche förderten, nur für eine bestimmte Zeit angesetzt seien. Sie liefen also eher kurzfristig und würden dann entweder eingestellt oder unter einem anderen Namen weitergeführt.

Es wird erörtert, was man selbst tun könne, um die Situation zu verbessern: Die Teilnehmer/innen aus den Unterstützungsinstitutionen schlagen vor, Angebote zu bündeln und einen gemeinsamen Katalog zu erstellen. Konkurrenzdenken müsse zum Wohl der Jugendlichen beiseite geschoben werden. Dieser Katalog solle auch Angebote von Firmen, die für die entsprechenden Jugendlichen relevant sein könnten, enthalten. Dazu müsste man sich mit den Firmen an einen Tisch setzen. Darüber hinaus müssten die gebündelten Angebote den Schulen bereitgestellt werden und mit den Lehrer/innen besprochen werden. Der Katalog sollte den Lehrer/innen am besten bei der Schulkonferenz am Ende der Sommerferien vorliegen. Dies würde ermöglichen, dass die Angebote in den Lehrplan mit eingebaut werden könnten.

Auch die Eltern müssten sich engagieren, da die Familie für viele Jugendliche die wichtigste Hilfe sei. Ein Vorschlag lautet, an Schulen Elterncafés einzurichten.

Weiterhin werden Forderungen an Arbeitnehmer/innen, Arbeitgeber/innen und die Politik formuliert:

An die Arbeitnehmer/innen:

- *sich als Mentor/innen für Jugendliche in den Schulen zur Verfügung stellen*
- *vom Beruf berichten*
- *Seminare für Schüler/innen leiten*

An die Arbeitgeber/innen:

- *Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Unterstützungsinstitutionen*
- *sich an einen runden Tisch setzen*
- *Arbeitnehmer/innen freistellen, um Jugendliche in Schulen aufzusuchen und zu unterstützen*
- *Azubis an Schulen berichten lassen*
- *Schulen mitteilen, welche Kompetenzen bei Jugendlichen gebraucht werden*

An die Politik:

- *Projekte müssen langfristiger angelegt werden*
- *langfristige Projektförderung sicherstellen*
- *Entbürokratisierung von Projekten*
- *Kofinanzierung durch Kommune, Land oder Bund gewährleisten*



→ Schaffung von Gemeinsinn/Gemeinwesen/ Gemeinsamkeit

Wie reagiert man selbst auf Andersartigkeit? Wie tolerant ist man wirklich? Viele der Teilnehmer/innen ertappen sich selbst dabei, Andersartigkeit gelegentlich als Bedrohung zu begreifen. Man müsse die Diversität der Menschen jedoch als Stärke begreifen, darin läge sehr viel Potential. Es müsse von Anfang an daran gearbeitet werden, Vorurteile abzubauen bzw. diese erst gar nicht entstehen zu lassen.

Das gesamte Bildungssystem müsse darauf ausgerichtet sein, die individuellen Stärken der Jugendlichen zu erkennen – am besten so früh wie möglich – und diese auch weiter auszubauen. Ein erster Schritt sei damit getan, dass jeder an sich selbst arbeitet und Vorurteile, Klischees und Stigmadenken bei sich hinterfragt.

NETZWERK AUSBILDUNG – AUSBILDUNGSNETZWERKE

Angebote gebündelt
an Schulen übergeben

Elterncafés
an Schulen

Jahresplan in Schul-
konferenz
(Ende Sommerferien
abstimmen)

Moderierter runder Tisch

Arbeitsteilung &
klare Vereinbarungen

Politik: langfristige Projekt-
förderung
(Xenos etc.)

Kofinanzierung von Bund,
Land, Kommune
Entbürokratisierung

Schaffen von Gemeinsinn,
Gemeinwesen, Gemeinsamkeit:

- Vorurteile abbauen
- Schwächen als Chance
sehen und Stärken fördern
- Gemeinsamkeiten ermitteln
und verdeutlichen
- Wertschätzung von
Vielfalt

Schule lädt regelmäßig zu
„Clearingrunden“ ein

Arbeitnehmer/innen: Als
Mentor/in zur Verfügung
stehen; vom Beruf
berichten, Seminare
für Schüler/innen

Zuarbeit aus Kiezen,
von Netzwerkpartnern

Arbeitgeber/innen: an
rundem Tisch teilnehmen,
Freistellungen; Azubis und
Eltern berichten an
Schulen

Kompetenzentwicklung auch
während der Ausbildung
(Fachausbildung plus Soft
Skills ...)

Von Maßnahme zu Maßnahme? Teufelskreis Jugendarbeitslosigkeit



Dirk Neumann,
DGB-Jugend

Von Maßnahme zu Maßnahme? Teufelskreis Jugendarbeitslosigkeit

Magdalena Zynda

„Unser System greift nicht mehr“, erzählt eine Mitarbeiterin aus der Arbeitsagentur. „Die Jugendlichen fallen durch unser soziales Netz hindurch und eine Integration in den Arbeitsmarkt ist nicht mehr möglich.“ Acht Prozent der Jugendlichen eines Jahrgangs verlassen die Schule ohne Schulabschluss und 1,5 Millionen junge Erwachsene zwischen 20 und 29 Jahren verfügen über keinen anerkannten Bildungsabschluss. Sie hängen sich von einer Maßnahme zur anderen, stürzen irgendwann ab und enden in einer prekären Beschäftigung.

Etwa fünfzehn Personen – Gewerkschafter/innen, Lehrer/innen, Sozialarbeiter/innen und Arbeitgeber/innen – finden sich in der Arbeitsgruppe ein, um zum Thema „Von Maßnahme zu Maßnahme? Teufelskreis Jugendarbeitslosigkeit“ zu diskutieren.

Die Ursachen von Jugendarbeitslosigkeit sind vielseitig, darin sind sich die Teilnehmer/innen einig, z. B. soziale Herkunft, Geschlecht, Migrationshintergrund. Fakt ist, dass es im Jahr 2008 für 73.000 Jugendliche keinen Ausbildungsplatz gegeben hat. Lösungsvorschläge werden gesucht, wie man junge Menschen dabei unterstützen kann, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

Probleme und Lösungen

Eine Begleitung beim Berufseinstieg muss viel früher greifen, darüber besteht in der Gruppe Konsens, am besten schon in der 7. Klasse. Die Teilnehmer/innen stellen sich eine Art persönlichen Bildungsberater vor, der die jungen Menschen bis zum Berufseinstieg betreut, der motiviert, aber auch klar ansagt, was möglich ist und was nicht.

Wie so oft werden auch in dieser Diskussionsrunde die skandinavischen Länder als Vorbild genommen. Warum können wir nicht das System aus Dänemark einführen? Jedes Bildungssystem habe seine Vor- und Nachteile, wird plädiert. Es sei unmöglich, zwei so verschiedene Länder wie Dänemark und Deutschland miteinander zu vergleichen. Darüber hinaus sei in Deutschland Bildungspolitik Ländersache. Als großen Nachteil



sieht die Gruppe auch das dreigliedrige Schulsystem. Durch die Einteilung in Hauptschule, Realschule und Gymnasium werde man in Schubladen gesteckt: schlecht, mittel und gut. Mit Blick auf eine Chancengerechtigkeit müsse das verhindert werden. Ein möglicher Ansatz werde in Berlin derzeit im Projektmodell „Gemeinschaftsschule“ umgesetzt, wobei alle Schüler/innen gemeinsam lernten. Der große Vorteil davon sei, dass alle gleich behandelt würden und dieselbe Chance auf Förderung erhielten. Somit werde die frühe Selektion vermieden.

Besonders kontrovers wird in der Gruppe die Frage diskutiert, wer für Jugendarbeitslosigkeit verantwortlich sei. Die jungen Menschen seien nicht genug motiviert, vertreten einige Teilnehmer/innen. Vor allem die sozialen Kompetenzen ließen „zu wünschen“ übrig. Es fehle ihnen an „Arbeitstugenden“, resümiert ein Lehrer. Jeder Jugendliche sei einzigartig und könne daher nicht nach einem „08/15-Modell“ funktionieren, kritisieren andere Teilnehmer/innen. Den idealen Menschen gebe es nicht. Jugendliche seien in der Regel hochmotiviert, was ihren Start in den Arbeitsmarkt angehe. Allerdings würden ihnen Hürden in den Weg gelegt und keiner fühle sich verantwortlich für sie. Die Jugendlichen seien willig, doch nach der zweihundertsten Bewerbung sei es kein Wunder, wenn sie keine Lust mehr hätten, berichtet ein Sozialpädagoge. Die Schuld liege nicht bei den jungen Menschen, sondern beim System.

Verbesserung der gesetzlichen Grundlagen

Eine Reihe von Teilnehmer/innen fordert, dass das Recht auf Ausbildung ins Grundgesetz aufgenommen werden

müsse, damit der Ruf nach „Ausbildung für alle“ endlich Realität werde.

Die gegenwärtige Gesetzeslage wird als widersprüchlich kritisiert. Ein neues Gesetz müsse verabschiedet werden, das sich speziell den Belangen der Jugendlichen widmet – ein „Jugendintegrationsgesetz“. Grundlage müsse eine reifliche Auseinandersetzung mit der Lebensphase Jugend und deren Unterstützung sein, damit die Arbeitsmarktinstrumente wieder greifen können.

Berufsausbildung – Ergänzung des dualen Systems?

Eine Arbeitgeberin plädiert dafür, dass es nicht nur das duale System – Ausbildung in Betrieb und Schule –, sondern auch noch andere Mischformen geben sollte. Am Ende der Ausbildung erhielten alle einen gleichwertigen und allgemein anerkannten Abschluss. Im Mittelpunkt stünde die Wahlfreiheit. Am besten sollte ein „bunter Markt von Ständen“ entstehen, der verschiedene Ausbildungsmöglichkeiten bietet, damit niemand durch das Netz des dualen Systems fallen könne. Diese verschiedenen Systeme sollten dabei nicht miteinander in Konkurrenz stehen.

Besonders kontrovers diskutiert wird die Finanzierung von Ausbildung in unserer Gesellschaft: Eine Teilnehmerin, die Unternehmerin ist, sieht die Finanzierung der Ausbildung vor allem als staatliche Aufgabe, spricht sich aber auch für eine private Ausbildungsabgabe aus, die durch den Azubi an das Unternehmen gezahlt wird. Würde Ausbildung privat bezahlt, könne man sich seinen „Traumausbildungsplatz“



kaufen, unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Abschlussnote. Der Staat müsse denjenigen unter die Arme greifen, z. B. mit einer Aufstockung des Schüler-BAföGs, denen sonst eine solche Ausbildung aus finanziellen Gründen nicht möglich wäre.

„Warum sollten Auszubildende, die nur eine kleine Vergütung bekommen, noch etwas an das Unternehmen zahlen, welches sie ausbildet und das davon profitiert?“, halten die Vertreter/innen der Gewerkschaften dagegen. Die Unternehmen erhielten vom Staat sogar finanzielle Unterstützung, wenn sie einem jungen Menschen eine Ausbildung ermöglichen. Vielmehr, so fordern die Gewerkschaftsvertreter/innen, sollten die Unternehmen stärker in die Verantwortung genommen werden, Ausbildungsplätze zu schaffen, nicht zuletzt aufgrund des Fachkräftemangels. Bereits in naher Zukunft würde es mehr Lehrstellen als Bewerber/innen geben.

Fazit

Gefordert wird eine Änderung der Lage, nicht zuletzt aufgrund der demografischen Gegebenheiten und des sich jetzt schon abzeichnenden Fachkräftemangels. „Ausbildung für alle“ bleibt die Devise, und die Zukunft wird zeigen, ob diese Utopie bald Realität wird.

Berufsorientierungsbegleitung ab Schulklasse 7

- Bildung eines hauptamtlichen Arbeitsteams
- Informationen und Veranstaltungen für Lehrer/innen, Eltern, Schüler/innen
- Jobbörse: Projektvorstellung, Bedarfsanalyse, Erstellung Kompetenzprofil
- Akquise der Ausbildungsbetriebe/Praktikumsbetriebe

Überführung der jugendrelevanten Gesetze, insbesondere SGB II, III und VIII, in EIN Jugendintegrationsgesetz (SGB XIII)

Anerkennung und Unterstützung der Lebensphase Jugend

Stärkung des BMFSFJ als Jugend-Ministerium

Ausbildungsgarantie für ALLE gesetzlich regeln

Einrichtung staatlicher Koordinierungsstellen auf regionaler Ebene für Berufsbildungsmaßnahmen und Bündelung auf Bundesebene

BEWUSSTSEINSBILDUNG

Marketing für Netzwerke/Netzwerkarbeit



Die Forderungen und Vorschläge der Zukunftswerkstatt in der Diskussion mit Vertreter/innen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite

Anja Wehler-Schöck

Den Abschluss der Zukunftswerkstatt bildete die Diskussion der Ideen, Forderungen und Vorschläge, die die Teilnehmer/innen während des Tages erarbeitet hatten, mit einer Vertreterin der Arbeitgeberseite – Tanja Nackmayr, der Stellvertretenden Abteilungsleiterin für Bildung und berufliche Bildung beim Bundesverband deutscher Arbeitgeber (BDA) – und einem Vertreter der Arbeitnehmerseite – René Rudolf, dem Bundesjugendsekretär des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB).

Jugendarbeitslosigkeit – ein quantitatives oder ein qualitatives Problem?

Ein häufiger Vorwurf, der Jugendlichen in der Diskussion um Jugendarbeitslosigkeit entgegengebracht wird, ist, dass sie zu schlecht qualifiziert seien für die vorhandenen Ausbildungsplätze, so dass diese vakant blieben. Ein Schüler des Oberstufenzentrums „Kommunikation, Information, Medien“ beklagt, dass die Anforderungen für viele Berufe zu hoch seien. Haupt- und Realschüler/innen hätten immer geringere Chancen auf Ausbildungsplätze, da sie durch Abiturient/innen verdrängt würden.

Für René Rudolf stellt sich Ausbildungsreife sehr subjektiv dar. Oft würde die fehlende Ausbildungsreife von den Betrieben als Vorwand verwendet. Durch den demografischen Wandel und den Fachkräftemangel würde sich die



Die Forderungen und Vorschläge der Zukunftswerkstatt in der Diskussion

Situation in den nächsten Jahren jedoch zwangsläufig anders darstellen: Die Unternehmen könnten sich in Zukunft auf dem Bewerber/innenmarkt nicht mehr einfach die Besten herausuchen. Daher müsse man sich jetzt schon ganz genau überlegen, wie man auch diejenigen qualifizieren könne, die nicht die besten Voraussetzungen mitbrächten.

Demgegenüber sieht Tanja Nackmayr die Anforderungen an die Bewerber/innen ganz klar durch die Praxis vorgegeben, beispielsweise durch die Arbeit mit bestimmten Technologien. Grundsätzlich ginge es aber nicht unbedingt um formale Voraussetzungen, z. B. einen bestimmten Notendurchschnitt, sondern vor allem auch um das Engagement der Bewerber/innen und um bestimmte Kompetenzen für den Berufsalltag wie korrekte Umgangsformen oder Pünktlichkeit. Darüber hinaus ist es für Nackmayr schlichtweg die Aufgabe der Schulen, ihre Schüler/innen zur Ausbildungsreife zu bringen.

Rudolf betont noch einmal das Problem der Quantität: Es stünden einfach nicht genügend betriebliche Ausbildungsplätze zur Verfügung. Die Ursache dafür, warum viele Jugendliche im Übergangssystem gestrandet seien, sei unter anderem, dass über Jahre hinweg ein Mangel an betrieblichen Ausbildungsplätzen bestanden hätte und nach wie vor bestünde. Die zahlenmäßige Lücke zwischen Bewerber/innen und Stellenangeboten würde sich Jahr für Jahr potenzieren.

Ausbildung „light“ für Schwächere?

Es bleibt die Frage, was man mit „schwierigen“ Jugendlichen macht, die sich dem System verweigern, die eingeschränkte soziale und intellektuelle Voraussetzungen mitbringen, oder z. B. mit „Altbewerbern“, die bereits lange ohne geregelten Tagesablauf sind. Nackmayr fordert mehr Flexibilität im Ausbildungssystem. Im Moment bekäme man als Bewerber/in entweder alles oder nichts. Wünschenswert wären mehr Möglichkeiten der Differenzierung. Beispielsweise könnte man einigen Jugendlichen anbieten, erst einmal eine etwas kleinere Ausbildung zu machen, um später, wenn vielleicht der Knoten geplatzt ist, noch andere Bausteine draufzusatteln. Wenn der Knoten nicht platze, hätte man zumindest einen kleinen Abschluss.

Rudolf sieht darin die Gefahr, die Ausbildungsdauer gerade für diejenigen zu verkürzen, die bereits benachteiligt seien und eine besondere Förderung benötigten. Eine „Schmalspurausbildung“ für diese Risikogruppe anzubieten, sei keinesfalls empfehlenswert. Dies führe nur in prekäre Beschäf-

tigungsverhältnisse oder Arbeitslosigkeit. Vielmehr müsse die Ausbildungszeit ein Stück weit ausgedehnt werden, um so eine längere und intensivere Betreuung zu ermöglichen. Es dürfe keine „Ausbildung light“ geben, sondern am Ende müsse immer ein vollwertiger Bildungsabschluss dabei rauskommen. Dafür gäbe es auch gute Beispiele – u. a. im Tarifvertrag der Metallindustrie in Nordrhein-Westfalen –, die belegen, dass es sinnvoll ist, die Ausbildungsdauer zu verlängern und damit die Förderung von benachteiligten Jugendlichen etwas nachhaltiger zu organisieren.

Es ginge darum, argumentiert Nackmayr, Einstiegsmöglichkeiten für Jugendliche zu schaffen, die im Moment außen vor blieben. Es handele sich um niederschwelligere Angebote, die inhaltlich abgespeckt seien. Auch bereits vorhandene Unterstützungsmöglichkeiten für benachteiligte Jugendliche müssten stärker genutzt werden. Ein Beispiel hierfür seien die ausbildungsbegleitenden Hilfen, die aber noch viel mehr in Anspruch genommen werden müssten. Der BDA würde sich bemühen, diese auch noch stärker bekannt zu machen. Es müssten auch die gesetzlichen Grundlagen überprüft werden, ob die Maßnahmen, so wie sie gegenwärtig im SGB III stünden, noch zeitgemäß seien und auf die Bedürfnisse passten.

Berufsorientierung

Einigkeit besteht bei den Mitwirkenden darin, dass Berufsorientierung ein integraler Baustein auf dem Weg zu einem gelungenen Berufseinstieg sei. Es könne gar nicht früh genug damit angefangen werden. Die Erfahrungen der anwesenden Schüler/innen zeigen jedoch, dass die Praxis an den Berliner Schulen sehr stark divergiert. Haben manche Schüler/innen das Privileg, sich bereits in der Grundschule mit Berufsorientierung auseinander setzen zu können, müssen andere bis zur 9. Klasse warten. Durch regelmäßige Auseinandersetzung mit Berufsbildern erhalte man ein Gefühl für die eigenen Stärken und Schwächen, so eine Pädagogin im Publikum. Auf diese Weise könnten die Jugendlichen wesentlich qualifiziertere Entscheidungen treffen. Illusorische Vorstellungen mit Blick auf die Berufswahl würden so verhindert.

Netzwerke

Ein Wunsch, der in verschiedenen Zusammenhängen der Zukunftswerkstatt geäußert wurde, ist der nach einer stär-



keren Vernetzung zwischen Schule und anderen Akteuren, aber auch zwischen verschiedenen Schulformen und Bildungswegen. Tanja Nackmayr berichtet vom Netzwerk **SCHULEWIRTSCHAFT**, das durch den BDA gefördert wird und in dem sich in 450 regionalen Arbeitskreisen in ganz Deutschland mehrere zehntausend Schulen und Unternehmensvertreter/innen engagieren, um das Thema Berufsorientierung voranzubringen und den Austausch zwischen beiden Institutionen zu fördern. Es sei nicht nur wichtig, Wissen aus der Wirtschaft in die Schule zu bringen. Auch umgekehrt müsse die Wirtschaft erfahren, wie Schule gegenwärtig läuft. Beide Seiten profitierten von diesen Erfahrungen.

Berufsorientierung und -einstieg könnten dauerhaft nur gelingen, darin sind sich alle Teilnehmer/innen einig, wenn alle Akteure an einem Strang zögen und sich stärker vernetzten. Das wiederholte Plädoyer für eine stärkere Einbindung der Eltern greift René Rudolf mit Vorsicht auf. Man müsse sich davor hüten, sowohl Schule als auch Eltern mit Aufgaben und Verantwortung zu überladen. Er weist auch darauf hin, dass gerade die Eltern benachteiligter Jugendlicher sehr schwer zu erreichen seien.

Praxiserfahrung

Tanja Nackmayr unterstreicht, wie wichtig es sei, Jugendliche an die Hand zu nehmen und ihnen ihre Optionen aufzuzeigen. Besonders zentral sei dabei, sie auf ihre Stärken hinzuweisen. Viele Jugendliche stiegen nach einer schlechten Erfahrung aus dem System aus und wären danach schulmüde. Wenn man ihnen aber zeige, was sie können, stelle man oft sogar noch eine höhere Motivation her als früher.

Praktika seien eine optimale Gelegenheit, Schüler/innen vor Augen zu führen, wofür sie etwas Bestimmtes, z. B. einen Dreisatz, lernten. Es würde sie sehr bestärken zu sehen, was man in der Praxis damit anfangen könne. Praktika erzeugten eine intensivere Auseinandersetzung der Schüler/innen mit der Arbeitswelt. Jugendliche könnten von sich aus gar nicht wissen, was sie dort erwarte. Die Lehrer/innen seien hierbei

eine geringe Hilfe, da sie in der Regel nicht über Arbeits Erfahrung außerhalb der Schule verfügten. Praktika böten auch für die Betriebe die Möglichkeit, die Jugendlichen kennen zu lernen und zu sehen, ob sie für eine Ausbildung im Betrieb geeignet wären.

Finanzierung von Bildung und Ausbildung

Eine einhellige Forderung an die Politik ist die Aufstockung der Investitionen in Bildung und Ausbildung in Deutschland. René Rudolf sieht einen entscheidenden Faktor für Chancengerechtigkeit darin, dass alle Bildungseinrichtungen über eine ausreichende Ausstattung mit finanziellen Mitteln verfügen, einhergehend mit genügend geschultem Personal, das die Schüler/innen individuell und zielgenau unterstützen kann. Auf diese Weise kämen auch wichtige Aufgaben wie die Elternarbeit nicht zu kurz.

Der Wert der Bildung, insbesondere auch der frühkindlichen Bildung, für unsere Gesellschaft könne gar nicht überschätzt werden, betont Tanja Nackmayr. Wenn in der frühkindlichen Bildung für eine gute Basis gesorgt würde, entstünden viele Probleme später erst gar nicht. Es müssten verlässliche Strukturen und vor allem kostenlose Angebote geschaffen werden, damit sie von allen genutzt werden könnten. Auf diese Weise würde man an anderen Stellen viel Geld sparen.

Ein großes und unumgängliches Problem in dieser Debatte, so Rudolf, sei der Föderalismus. Im Prinzip müsse man alle Forderungen 16-mal an die einzelnen Bundesländer stellen. Darüber hinaus ergebe sich auf diese Weise immer das Problem, dass Systeme innerhalb der Bundesrepublik nicht aufeinander abgestimmt seien. Gerade in Zeiten, in denen von Bewerber/innen hohe Mobilität erwartet würde, sei dies immer problematischer.



Zum Weiterlesen



Publikationen:

„Wir wollen Arbeit! Gemeinsam gegen Jugendarbeitslosigkeit“

Forderungskatalog des Open Space vom 2./3. März 2007. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2007.
<http://library.fes.de/pdf-files/do/04552.pdf>



Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland und Schweden: Die berufliche Bildung unter Reformdruck.

Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2007.
<http://library.fes.de/pdf-files/do/05048.pdf>



Jugendliche ohne Berufsabschluss: Handlungsempfehlungen für die berufliche Bildung.

Kurzgutachten von Elisabeth M. Krekel und Joachim Gerd Ulrich. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2009.
<http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/06430.pdf>



Bildung macht reich – Mehr Praxisorientierung in Bildung und Weiterbildung.

Berlin: Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2009.
www.managerkreis.de/media/MK_BildMachtReich_2009.pdf



Internetressourcen:

Friedrich-Ebert-Stiftung: www.fes.de

DGB-Jugend: www.dgb-jugend.de

Deutsches Jugendinstitut: www.dji.de

Projekt „Übergangspanel“:
www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=276

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA): www.arbeitgeber.de

Themenseite „Bildung“:
www.arbeitgeber.de/www/arbeitgeber.nsf/id/DE_Bildung

Netzwerk **SCHULEWIRTSCHAFT**:
<http://talkabout.de/schulewirtschaft>

„Komm auf Tour“: www.komm-auf-tour.de

ArbeiterKind: www.arbeiterkind.de

Bundesagentur für Arbeit: www.arbeitsagentur.de



Programm

Programm

09.00 Uhr Ankommen

09.30 Uhr Begrüßung

- **Anja Wehler-Schöck**,
Friedrich-Ebert-Stiftung
- **René Rudolf**,
Deutscher Gewerkschaftsbund, Bundesjugendsekretär

09.40 Uhr Einführung

Dr. Birgit Reißig,
Deutsches Jugendinstitut, Projektleiterin

10.00 Uhr Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppe 1

Von Maßnahme zu Maßnahme? Teufelskreis Jugendarbeitslosigkeit

Kurzimpuls: Dirk Neumann, DGB-Jugend

Moderation: Christoph Hecking, Universität Kassel

Arbeitsgruppe 2

Chancen für Jugendliche mit niedrigeren Bildungsabschlüssen

Kurzimpuls: Olaf Schwede, DGB-Jugend

Moderation: Sabine Grünewald, Universität Kassel

Arbeitsgruppe 3

Studium nur für wenige? Soziale Selektion beim Zugang zu akademischer Bildung

Kurzimpuls: Stefan Grob, Deutsches Studentenwerk

Moderation: Tobias Spengler, Universität Kassel

Arbeitsgruppe 4

Im Abseits? Geografische Herkunft als Ausgrenzungsfaktor

Kurzimpuls: Anke Fischbock, Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugend im ländlichen Raum

Moderation: Bettina Pauli, Universität Kassel

Arbeitsgruppe 5

Gute Schule, schlechte Schule? Benachteiligung und Selektion in der Schulbildung

Kurzimpuls: Christian Füller, die tageszeitung, Bildungsressort und Autor „Die gute Schule“

Moderation: Christoph Plümpe, Universität Kassel

12.30 Uhr Mittagspause

13.15 Uhr Fortsetzung der Arbeitsgruppen

14.15 Uhr Präsentation der Ergebnisse und Diskussion mit Entscheidungsträgern

- **Klaus Brandner**,
Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales

- **Tanja Nackmayr**,
Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Stellvertretende Leiterin der Abteilung Bildung/Berufliche Bildung

- **René Rudolf**,
DGB, Bundesjugendsekretär

Moderation:

Bettina Pauli, Universität Kassel
Anja Wehler-Schöck, Friedrich-Ebert-Stiftung

15.30 Uhr Ende der Veranstaltung



Foto: fotostudio.com Chris Schmidt

